

Doppelt bedrängt

Kurden in Japan sind nicht allein alltäglichem Rassismus ausgesetzt, sondern auch den Nachstellungen der Türkei

Von Emre Şahin

Das Bild, das hier die meisten Menschen wohl von Japan und seinen Einwohnern haben – vermutlich fallen Adjektive wie fleißig, höflich, zurückhaltend –, deckt sich nur bedingt mit den Erfahrungen der kurdischen Diaspora, die seit Jahrzehnten in dem Land als Geflüchtete lebt. Obwohl nur um die 2.000 Personen groß, ist die kurdische Community in den vergangenen Jahren zunehmend zu einem nationalen Thema geworden. Es reicht, bei Google »Japan Kurdish« einzugeben, um die Fülle an Hass zu erahnen, die den Menschen dort entgegenschlägt.

Zuletzt zeigte sich die Hasskampagne – anders kann man es nicht nennen – beim Neujahrsfest Newroz. Wie viele Völker aus den Regionen West- und Zentralasiens feiern auch die Kurden jedes Jahr den 21. März. Als sie sich dieses Jahr im Akigase-Park in Saitama zusammenfanden, tauchte auch der rechte japanische Politiker Yusuke Kawai auf – eingehüllt in eine japanische Flagge, zur »Inspektion«, wie er sagte. Schnell kam es zu einer Rudelbildung. In Videos in den sozialen Netzwerken sieht man, wie Kawai infolge eines Gerangels auf dem Boden landet. Man könnte meinen, das sei nur die Aktion eines einzelnen Spinners, doch sie reiht sich leider in eine Kette von Hasstiraden ein.

In Suizid getrieben

Begonnen hat die kurdische Immigration in Japan in den 1990er Jahren während des Krieges zwischen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und dem türkischen Staat. Die Türkei ging in diesen Jahren dazu über, das Leben der mehrheitlich auf dem Land lebenden Bevölkerung in Kurdistan zu verunmöglichen, indem sie Landwirtschaft und Viehzucht beschränkte oder Dörfer niederbrennen ließ. Millionen Kurden mussten zwangsweise migrieren. Zunächst in die Westtürkei, doch Hass und Übergriffe führten dazu, dass viele ihr Glück im Ausland suchten, vor allem in Europa. Nicht so Mehmet B. Er wollte 1990 ursprünglich nach Australien, änderte jedoch seine Route und entschied sich für Japan, weil er dafür im Gegensatz zu Australien kein Visum benötigte. Bekannt ist er heute als Kawaguchi Mehmet. Seine japanischen Arbeitskollegen konnten seinen Namen nicht aussprechen und benannten ihn nach dem Ort, an dem er arbeitete – Kawaguchi.

Mehmet B. gehört dem Stamm der Mahkan an. Dessen Mitglieder sind eigentlich kurdische Aleviten und leben vor allem in den nordkurdischen Provinzen Maraş, Adıyaman und Antep, alle unter türkischer Kontrolle.

Angesichts von Massakern nahm der Stamm nach außen hin den Islam an, aus Furcht vor weiteren Übergriffen. Ein Leben in Würde war aber auch als muslimischer Kurde nicht vergönnt, denn es fehlten immer noch »50 Prozent« der türkisch-islamischen Synthese. Nachdem Mehmet in Japan angekommen war, folgten ihm hauptsächlich Verwandte, so dass die meisten Kurden in Japan heute vor allem Mahkan sind.

Sie leben vor allem in Kawaguchi und Warabi, eine halbe Stunde mit dem Zug von Tokio entfernt. Die Millionenmetropole können sie trotzdem nur schwer besuchen, denn so gut wie alle Kurden haben den (Nicht-)Status »Karihomen«: eine Aussetzung der Abschiebehaft ohne legalen Aufenthaltstitel, Arbeitsmarktzugang, Krankenversicherung oder Bewegungsfreiheit. Die Kinder kommen in Japan als Staatenlose zur Welt. Für Hochzeiten und ähnliches werden ihnen keine Säle vermietet, weswegen diese immerzu in Depots am Stadtrand stattfinden. Obwohl die Community in Kawaguchi und Warabi im Verhältnis zu Chinesen, Vietnamesen und Koreanern nur eine kleine Gruppe ist, nennen die Japaner den Ort abfällig »Warabistan«.

Einbürgerungen in Japan sind sehr selten, wenn nicht gar unmöglich. Das Karihomen-Dasein soll die Menschen dazu zwingen, »aus eigenem Willen« das Land zu verlassen. Abschiebungen vermeidet Tokio – sowohl, um die Betroffenen einige Zeit als papierlose und entrechtete Arbeitssklaven auszubeuten, als auch, um sich der Verantwortung zu entziehen, sollte ihnen nach der Abschiebung etwas zustoßen. Die wichtigste japanische Behörde, mit der die Karihomen zu tun haben, ist die Immigration Service Agency, genannt Nyukan. Wird man dorthin vorgeladen, weiß man nie, was einen erwartet. Das Gebäude, das bereits durch seine Architektur abweisend wirkt, ist ein Ort der Schikane. Weigern sich die Geflüchteten, den Forderungen nach Rückkehr nachzukommen, kommen sie im schlimmsten Fall in das Gefängnis im obersten Stock.

Als Hüseyin Balibay diesen Zustand der Hoffnungslosigkeit nicht mehr ertragen konnte, nahm er sich 2011 durch einen Sprung vor einen Zug das Leben. Das Unternehmen Higashi Nihon verklagte seine trauernde Familie auf Schadenersatz, weil sich der Zugverkehr an diesem Tag aufgrund seines Suizids verspätet hatte.

Ankara heizt an

Geht es um Kurden in Japan, ist sehr oft von dem »Krankenhausvorfall« die Rede. Zwei kurdische Familien gerieten 2023 vor einer Klinik in eine Massenschlägerei, das machte nationale Schlagzeilen. Seitdem wird dieser Vorfall genutzt, um den Hass auf Kurden zu rechtfertigen. Auf den Straßen Kawaguchi-Warabis kommt es oft zu regelrechten Hexenjagden. Ausgestattet mit Kameras, belästigen Japaner für ein paar Klicks Kurden, filmen und provozieren sie so lange, bis es zu einer Reaktion kommt, um diese anschließend in sozialen Netzwerken auszuschlachten. Diese Situation eskalierte so stark, dass die prokurdische Dem-Partei 2024 eine Delegation nach Japan schickte, um die Vorkommnisse zu untersuchen.

Doch warum ausgerechnet die Kurden? Tatsächlich trifft es nicht nur sie. Minderheiten wie die »Zainichi-Koreaner« oder die Ryukyan, das indigene Volk

Okinawas, sind ebenfalls Diskriminierung ausgesetzt. Die Kurden fallen jedoch stärker auf. Sie sind »ideale« Opfer – in dem Sinne, dass sie wehrlos sind, keine Lobby und keinen Staat haben, der sie unterstützen könnte. In Japan gibt es auch eine türkische Community, die hauptsächlich in Nagoya lebt. Im Gegensatz zu den Kurden wird ihre Präsenz als »Erfolgsgeschichte« verkauft und als »Beispiel für die türkisch-japanische Freundschaft« bezeichnet. Angriffe auf sie könnten die Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei beschädigen und zu diplomatischen Verwerfungen führen. Angriffe auf Kurden haben hingegen keine Konsequenzen – sie gelten als vogelfrei.

Und dann ist da noch die Türkei – ein Staat, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, weltweit alles Kurdische zu bekämpfen. Selbst Tausende Kilometer weit weg gibt es keine Ruhe. Vermutlich ist Ankara erst durch die Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 bewusst geworden, dass es in Japan ein Problem hat. Bei den abgegebenen Stimmen in der türkischen Botschaft in Tokio – die Karihomen ließen sich die Fahrt durch das Nyukan genehmigen – gingen 59 Prozent an die prokurdische HDP, während die Regierungspartei AKP auf 22 Prozent kam. Bei der Wahlwiederholung am 1. November kam es noch vor der Abstimmung zu einem Lynchangriff auf anreisende Kurden durch türkische Nationalisten. Kurz zuvor hatte sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan am 7. Oktober mit der türkischen Diaspora getroffen.

Erdoğan's nächster Besuch fand anlässlich des G20-Gipfels im Juni 2019 statt. Erneut ging er nicht nach Kawaguchi-Warabi, sondern in das vier Stunden entfernte Nagoya. Fünf Monate später wurde dort ein türkisches Konsulat eröffnet. Im selben Jahr intervenierte die Türkei gegen einen angebotenen Kurdischkurs an der Fremdsprachenuniversität in Tokio. Ankara und Tokio riefen zudem 2019 das »türkische Kulturjahr in Japan« aus.

Auf Angehörige des Mahkan-Stammes innerhalb der Türkei übt Ankara Druck aus, etwa in Form von Razzien in ihren Dörfern. Einigen Mahkan, die die »freiwillige Rückkehr« mit ihrem Ersparten angetreten haben, wurde das Geld bei der Einreise unter dem Vorwand abgenommen, sie würden es der PKK zukommen lassen. Einer der bekanntesten türkischen Journalisten, Fatih Altaylı, rief sogar dazu auf, die japanische Mafia Yakuza solle sich um die Kurden kümmern. Türkische und japanische rechte Nutzer haben sich in sozialen Netzwerken längst vernetzt. So verbreiten auf X türkische Profile regelmäßig Fake News auf japanisch, etwa dass Kurden in Japan Ghettos errichtet hätten oder Japaner sich durch die PKK bedroht fühlten. Sie erstellen auch Profile, in denen sie sich, schlecht geschauspielert, als Kurden ausgeben und antijapanische Inhalte verbreiten. Der regierungsnahe türkische Sender ATV berichtete in einem Beitrag vom Mai 2024 anhand eines Bildes mit Menschen in Handschellen, die japanischen Behörden seien gegen die PKK vorgegangen. Die Kurden hätten unter dem Deckmantel des Newroz-Festes PKK-Propaganda betrieben; daraufhin seien Japaner auf die Straße gegangen und hätten dagegen protestiert. Wären diese Lügengeschichten wenigstens kreativ.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521701.kurdistan-konflikt-doppelt-bedrängt.html>